

► Nr. VO/2023/12461-02
öffentlich

Lübeck, 15.03.2024

Empfehlung eines Ausschusses

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Gitte Timmermann (E-Mail: Sozialausschuss@luebeck.de Telefon: 122-4464)

Gemeinsame Empfehlung des Ausschusses für Soziales und des Bauausschusses zum Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
28.03.2024	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Empfehlung:

Der **Bauausschuss** hat sich in seiner Sitzung am 20.11.2023 unter TOP 4.1 mit dem **Antrag befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:**

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 7 Stimmen

Gegen den Antrag: 8 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 05.03.2024 unter TOP 6.2 mit dem **Antrag befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:**

AM Helmut Müller-Lornsen, AM Michelle Akyurt und AM Max Manegold stellen folgenden Änderungsantrag:

*Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im **Mai 2024** berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.*

Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.

Abstimmungsergebnis des Antrags der Fraktion SPD & FW (VO/2023/12461):

Für den Antrag: 3 Ja-Stimmen

Gegen den Antrag: 11 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Sozialausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis des Änderungsantrags von AM Helmut Müller-Lornsen, AM Michelle Akyurt und AM Max Manegold (VO/2023/12491-01):

Für den Antrag: 14 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Sozialausschuss stimmt dem Änderungsantrag einstimmig zu.

Begründung:

Anlagen:

Vorsitzende/r
des Ausschusses/Beirates